



dbb
beamtenbund
und tarifunion

bundessenioren-
vertretung

dbb beamtenbund und tarifunion • Friedrichstraße 169/170 • D - 10117 Berlin

Friedrichstraße 169/170
D - 10117 Berlin

Telefon 030. 40 81 - 53 03
Telefax 030. 40 81 - 53 99
bundesseniorenvertretung@dbb.de
www.dbb-senioren.de

dbb bundesseniorenvertretung:

25 Jahre Rentenüberleitungsgesetz - Wenn nur nerven hilft, dann nerven wir eben!

Der Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung, Wolfgang Speck, machte am 17. März 2016 in Berlin sein Unverständnis deutlich, dass auch 25 Jahre nach Verkündung des Rentenüberleitungsgesetzes der Rentenwert (Ost) immer noch niedriger ist als der Rentenwert (West), nachdem sich die Hauptversammlung der dbb bundesseniorenvertretung auf ihrer Sitzung am selben Tag intensiv mit dieser Thematik befasst und einen entsprechenden Forderungskatalog beschlossen hatte. Da die Lebenshaltungskosten in den neuen Bundesländern nicht auch entsprechend niedriger seien als im Westen, verfügten die Rentnerinnen und Rentner (Ost) über eine deutlich geringere Kaufkraft als die im Westen. „Das ist in keiner Weise akzeptabel. Der Rentenwert (Ost) muss nun endlich an den Rentenwert (West) angepasst werden!“, forderte Speck. Er kritisierte, dass der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, die im Koalitionsvertrag vorgesehene Prüfung im laufenden Jahr, ob eine Teilangleichung in 2017 notwendig sei, nun wieder in Frage stelle. Völlig unverständlich sei jedoch, dass er dabei ausgerechnet von den ostdeutschen Unionsabgeordneten unterstützt werde. „Niemand muss sich wundern, wenn die naturgemäß lebensälteren Betroffenen den Eindruck haben, die Angleichung wird zu ihren Lasten auf die lange Bank geschoben.“, stellte der Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung fest. Gleichzeitig ist es nicht hinnehmbar, dass die Älteren gegen die Jüngeren ausgespielt werden. „Die bundesseniorenvertretung fordert die rentenrechtliche Höherwertung der Einkommen in den östlichen Bundesländern solange beizubehalten, wie deutliche Unterschiede zwischen den Einkommen in Ost und West bestehen. Es kann nicht sein, dass eine Angleichung der Renten zu Rentenlücken bei den Jüngeren führt!“, so Speck.

Hinzu komme, dass der niedrigere Rentenwert nicht die einzige Benachteiligung sei, unter der die Rentnerinnen und Rentner im Osten zu leiden hätten. Verschiedene Berufsgruppen, wie die ehemaligen Mitarbeiter des Gesundheits- und Sozialwesens, der Deutschen Reichsbahn und der Deutschen Post sowie die ehemaligen Angehörigen der Altersversorgung der Intelligenz, so z. B. die angestellten Professorinnen und Professoren und leitenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die in den öffentlichen Dienst der Bundesrepublik Deutschland übernommen worden und zwischen 1995 und etwa 2005 in Rente gegangen seien, und die vor 1992 in der DDR Geschiedenen seien durch die Regelungen im Rentenüberleitungsrecht besonders stark negativ betroffen. „Diese Sicherungslücken müssen geschlossen werden!“, forderte Speck. Im Hinblick auf das Alter der Betroffenen und die Hartleibigkeit der Politik helfe wohl nur noch zu nerven. „Dann nerven wir eben.“, schloss Wolfgang Speck.